



HESSEN

Bericht aus Brüssel

13/2026 vom 10.07.2026

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union

21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel

Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13

E-Mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis¹

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäischer Ausschuss der Regionen.....	3
Wirtschaft.....	5
Verkehr.....	5
Energie.....	6
Wohnen.....	6
Digital.....	7
Forschung.....	7
Finanzen.....	8
Soziales.....	9
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	9
Landwirtschaft und Umwelt.....	10
Justiz.....	11
Inneres.....	11
Bildung und Kultur.....	12
Veranstaltungen.....	13
Vorschau.....	14

¹ Redaktionsschluss ist am 01.07.2026

Kommission; Ukraine-Unterstützungsdarlehen

Die Kommission hat am 25.06.2026 die Auszahlung der ersten Tranche in Höhe von 3,2 Mrd. EUR der neuen Makrofinanzhilfe für die Ukraine angekündigt. Diese ist ein Segment des Darlehens zur Unterstützung der Ukraine, in dessen Rahmen dem Land in den Jahren 2026 und 2027 voraussichtlich 90 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt werden sollen, was sowohl Budgethilfe als auch verteidigungsbezogenen Bedarf abdecken soll. Des Weiteren soll das mit 6 Mrd. EUR ausgestattete Verteidigungspaket, mit dem die Beschaffung von Drohnen unterstützt werden soll, ausgezahlt werden. Dies sei eine Schlüsselkompetenz, die es der Ukraine ermögliche, dem russischen Angriffskrieg standzuhalten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1452

Rat; Verlängerung Sanktionen gegen Russland

Der Rat hat am 25.06.2026 die restriktiven Maßnahmen der EU gegen Russland wegen dessen Angriffskriegs gegen die Ukraine um weitere zwölf Monate bis zum 31.07.2027 verlängert. Die verlängerten Wirtschaftssanktionen der EU gegen Russland betreffen vor allem Schlüsselsektoren wie Handel, Finanzen, Energie und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/06/25/russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-council-extends-economic-sanctions-for-another-year/>

Rat; Gipfel EU-Moldau

Am 22.06.2026 fand in Brüssel der Gipfel zwischen der EU und der Republik Moldau statt. Dieser bot Gelegenheit, die strategische Bedeutung der Zukunft Moldaus innerhalb der EU hervorzuheben und die Partnerschaft zwischen der EU und Moldau zu stärken. Im Rahmen des Gipfels wurde eine gemeinsame Erklärung abgegeben. In dieser wird unter anderem hervorgehoben, dass die Partnerschaft zwischen der EU und Moldau sich weiter gefestigt hat und unter anderem auf den gemeinsamen Werten der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, des Völkerrechts, des Multilateralismus und der regelbasierten internationalen Ordnung gründet. Es wird in der Erklärung bekräftigt, dass die Zukunft Moldaus und seiner Bürger in der EU liegt. Des Weiteren wird der ungerechtfertigte und unprovokierte Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine verurteilt.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10867-2026-INIT/en/pdf>

Europäischer Ausschuss der Regionen

AdR; COTER-Fachkommissionssitzung

Am 24./25.06.2026 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds und Haushalt statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „Automobilpaket“, „ein nachhaltiges und gut vernetztes Verkehrssystem für Europa die Perspektive der Städte und Regionen“ sowie „EU-Agenda für Städte“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2231883&meetingSessionId=2290774>

172. Plenarsitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR)

Am 01./02.07.2026 fand in Brüssel die 172. AdR-Plenarsitzung statt. Frau Staatssekretärin Karin Müller nahm an der Sitzung teil. Es wurden über folgende Stellungnahmen und Entschlüsse abgestimmt: „Strategie für den Generationswechsel in der Landwirtschaft“, „Einbeziehung der klima-, energie- und umweltpolitischen Prioritäten in den mehrjährigen Finanzrahmen“, „die globale Klima- und Energievision der EU: Auf dem Weg zu inklusiveren globalen Klima- und Umweltverhandlungen“, „die gemeinsame Fischereipolitik, der Europäische Pakt für die Meere und die Meeres- und Aquakulturpolitik der Union“,

„Gemeinsame Agrarpolitik im Zeitraum 2028 bis 2034“, „Verordnung zur Einrichtung des Instruments „Europa in der Welt“, „die Bedeutung der dezentralen Zusammenarbeit und der Städtediplomatie im EU-Ansatz für fragile Situationen“, „Unionsunterstützung in den Bereichen Asyl, Migration und Integration für den Zeitraum 2028 bis 2034“, „Unionsunterstützung im Bereich der inneren Sicherheit für den Zeitraum 2028 bis 2034“, „Rechtsrahmen für Gesellschaften mit der Rechtsform EU Inc.“, „Europäische Unternehmensbriefaschen“, „Europäischer Sozialfonds 2028–2034“, „Verbraucheragenda 2030“, „Katastrophenschutzverfahren der Union“ sowie „eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ+-Personen 2026–2030“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2232244&meetingSessionId=2291208>

AdR; 8. BRASS-G-Sitzung

Am 02.07.2026 fand die achte Sitzung der Lenkungsgruppe BRASS-G („Bessere Rechtsetzung und aktive Subsidiarität“) des AdR statt. Für Hessen nahm Frau Staatssekretärin Müller teil, die darüber hinaus den Vorsitz der Lenkungsgruppe innehat. Dabei wurde über folgendes Thema ein Meinungsaustausch geführt: „ein einfacheres, klareres und besser durchgesetztes EU-Regelwerk: ein Impuls für die EU Agenda für bessere Rechtsetzung?“, zu dem Michael Wimmer, Direktor der Direktion Vereinfachung, Implementierung & Durchsetzung des EU-Rechts, Generalsekretariat der Europäischen Kommission sowie Rolf Höijer, Hauptberater, Ausschuss für Regulierungskontrolle, Generalsekretariat der Europäischen Kommission vortrugen. Die Redner der Kommission beschrieben die Zielsetzung der Mitteilung vom 28.04.2026 „ein einfacheres, klareres und besser durchgesetztes EU-Regelwerk“, nämlich den Verwaltungsaufwand bei künftigen Rechtsvorschriften zu verringern und den Bestand an Rechtsvorschriften zu vereinfachen. Außerdem plane die Mitteilung eine systematischere Anwendung von Verordnungen anstelle von delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten. Dies solle dabei helfen, eine Überregulierung, also Gold-Plating durch die Mitgliedstaaten zu verhindern. Die BRASS-G-Mitglieder wiesen allerdings daraufhin, dass ein solcher Ansatz die Flexibilität der Regionen und Kommunen einschränken könnte, die für die Anpassung der Umsetzung an die regionalen und lokalen Gegebenheiten bisher zur Verfügung stünde. Außerdem bestehe die Gefahr, dass Belastungen im Zusammenhang mit einer verstärkten Überwachung, Berichterstattung und Umsetzung von der EU-Ebene auf die nationalen, regionalen und lokalen Verwaltungen verlagert würden. Ausdrücklich kritisierten die BRASS-G-Mitglieder, dass in der Mitteilung weder territoriale Folgenabschätzungen noch die Prüfung der Auswirkungen auf den ländlichen Raum ausdrücklich erwähnt würden. Territoriale Unterschiede, regionalspezifische Auswirkungen und die Rolle der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, so die Vermutung, würden in den Folgenabschätzungen vermutlich nach wie vor unzureichend ermittelt. Was die Einrichtung der Vereinfachungsplattform selbst betrifft, so wurde dies begrüßt, nicht nur, da drei AdR-Mitglieder an der Plattform teilnehmen werden, sondern auch, weil das REGHUB-Netz des AdR einbezogen wird. Die Plattform sei eine wertvolle Gelegenheit für den AdR, seine Sicht der Vereinfachung durch Technikgestaltung, der Überprüfung der Umsetzung, der tiefgreifenden regulatorischen Reinigung, der Überregulierung und der Hindernisse für den Binnenmarkt einzubringen. Bedenken wurden allerdings bezüglich der Arbeitsweise der Plattform und auch der allgemeinen Wirksamkeit geäußert. Es wurde der Wunsch geäußert, dass nicht allein die Kommission die Agenda festlegen sollte, außerdem sei auch nicht klar formuliert, wie die Ergebnisse oder Entscheidungsprozesse der Plattform dargestellt würden. Denn offenbar seien, anders als bei der vorherigen Plattform „Fit4Future“, keine Stellungnahmen oder Konsensanforderungen geplant. Ein weiterer Meinungsaustausch betraf den Umsetzungsbericht des EP zur Bewertung der Bilanz des AdR als Hüter des Subsidiaritätsprinzips.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2238383&meetingSessionId=2298633>

Rat; Schlussfolgerungen des Rates zum Thema Wettbewerbsfähigkeit und globale wirtschaftliche Herausforderungen

Am 19.06.2026 hat der Rat umfassende Schlussfolgerungen, u.a. zu den Themen Wettbewerbsfähigkeit und globale wirtschaftliche Herausforderungen veröffentlicht. Ein erster Fortschrittsbericht der Agenda „Ein Europa, ein Markt“ ergab, dass die EU bei der Umsetzung von Maßnahmen insbesondere in den Bereichen Vereinfachung und Bürokratieabbau, Binnenmarkt, Energiepreise und Dekarbonisierung, Innovation, wirtschaftliche Unabhängigkeit sowie Mobilisierung von Investitionen hinter dem Zeitplan liegt. Die Anstrengungen zur Erreichung der festgelegten Ziele müssen speziell im Energiesektor, mit Blick auf die Technologieneutralität, erhöht werden. Die Absicht der Kommission bis Mitte Juli einen Vorschlag zur Überprüfung des ETS vorzulegen, wurde vom Rat zur Kenntnis genommen. Die Agenda für Wettbewerbsfähigkeit wird weiterhin behandelt und soll bei der nächsten Tagung des Rates im Oktober erneut diskutiert werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/06/19/european-council-conclusions-on-competitiveness-and-global-economic-challenges/>

Rat; Endgültige Zustimmung für Zollverpflichtungen zwischen EU und USA

Am 25.06.2026 hat der Rat zwei Verordnungen zur Umsetzung der Zollverpflichtungen zwischen der EU und den USA förmlich angenommen. Damit ist das Gesetzgebungsverfahren der Vorschriften über die Aufhebung von Zöllen auf Industriegüter aus den USA und den präferenziellen Marktzugang für bestimmte Meeresfrüchte und nicht sensible landwirtschaftliche Erzeugnisse abgeschlossen. Beide Verordnungen werden jetzt unterzeichnet und veröffentlicht und treten am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/06/25/eu-us-trade-council-gives-final-approval-for-the-tariff-commitments-under-joint-statement/>

Verkehr

Kommission; EU unterschreibt Luftverkehrsabkommen mit Kasachstan

Am 23.06.2026 unterschrieben die EU und die Republik Kasachstan ein Luftverkehrsabkommen, um die Konnektivität zwischen EU und Kasachstan zu verbessern. Das Abkommen ermöglicht es den 17 Mitgliedsstaaten, die noch kein bilaterales Luftverkehrsabkommen mit Kasachstan abgeschlossen haben, darunter Deutschland, Flüge zugelassener EU-Airlines von und nach Kasachstan anzubieten. EU-Kommissar für nachhaltigen Verkehr und Tourismus Apostolos Tzitzikostas begrüßte das Abkommen, da es einen gleichberechtigten Marktzugang eröffnen, den Wettbewerb fördern, und Zusammenarbeit und Konnektivität zwischen der EU und Kasachstan stärken wird.

https://transport.ec.europa.eu/news-events/news/european-union-signs-aviation-agreement-kazakhstan-2026-06-23_en?prefLang=de&etrans=de

EP/Rat; Einigung auf Überarbeitung von Passagierrechten

Am 25.06.2026 einigten sich Rat und EP vorläufig auf neue Vorschriften zu Passagierrechten. Zwei Wochen nach der Einigung über die Reform der Fluggastrechte-VO sollen jetzt neben weiteren Rechten für Fluggäste auch die Fahrgastrechte gestärkt werden. Die neuen Regelungen enthalten klarere Vorschriften für die Erstattung von über Vermittler gebuchte Flugtickets und verpflichten EU-weit zur Bereitstellung standardisierter Formulare für Anträge für Erstattungs- und Entschädigungsansprüche. Des Weiteren sollen die Mitgliedsstaaten ihre Durchsetzungsstellen mit erforderlichen Befugnissen zur Durchsetzung von Fahrgastansprüchen ausstatten dürfen und müssen einen klaren Beschwerdeweg aufzeigen. Eine Stärkung von Rechten für Menschen mit Behinderungen und eingeschränkter Mobilität ist ebenfalls vorgesehen. Dabei sollen Menschen die auf die Hilfe einer Begleitperson

angewiesen sind, das Recht haben kostenlose Unterstützung durch den Verkehrsdienst zu erhalten oder kostenlos eine Begleitperson ihrer Wahl mitzunehmen, wenn der Verkehrsdienst die benötigte Hilfe nicht leisten kann. In diesem Zuge sollen die Verkehrsdienstleister verpflichtet werden Dienstqualitätsnormen festzulegen und zu veröffentlichen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/06/25/council-and-parliament-agree-on-more-effective-enforcement-of-passenger-rights/>

E n e r g i e

Kommission; Energie-Omnibus zur Vereinfachung der Vorschriften zur Energie- und Reifenkennzeichnung

Am 24.06.2026 legte die Kommission einen Entwurf zur Vereinfachung der Vorschriften zur Reifen- und Energiekennzeichnung vor. Damit soll es den Verbrauchern erleichtert werden fundierte Entscheidungen beim Kauf von energieeffizienten Produkten zu treffen. Dies soll bspw. durch flexiblere Etiketten in den Geschäften oder QR-Codes mit weiteren Informationen auf den Produkten ermöglicht werden. Es wird empfohlen die Angaben bezüglich des Energieverbrauchs von Geräten, die üblicherweise durch einen Monteur installiert werden, bereits bei Abgabe eines Angebots an den Verbraucher hinzuzufügen. Bei der Kennzeichnung von Reifen sollen Informationen, die bislang nicht aufgeführt werden Teil der Kennzeichnung sein. Auf für die Klärung der Zuständigkeiten von Händlern aus Drittstaaten wurden Maßnahmen vorgeschlagen. Es wird erwartet, dass Marktüberwachungsbehörden und Unternehmen mit den Maßnahmen bis zu 125 Millionen Euro jährlich in den nächsten zehn Jahren einsparen können. Dem Entwurf war eine umfassende Konsultation von Unternehmen und Verbänden in der EU vorausgegangen, mit dem Ziel einen weiteren Vorschlag im Rahmen der EU-Omnibusse im Bereich Energie zu erarbeiten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_26_1388

Rat; Einigung auf Verhandlungsposition für ein modernisiertes Energienetz zur Dekarbonisierung

Am 26.06.2026 einigten sich die Mitgliedsstaaten auf die Position des Rates zur Überarbeitung der TEN-E-Verordnung und einer Genehmigungsrichtlinie im Rahmen des Pakets „Europäische Netze“. Mit der Überarbeitung sollen grenzüberschreitende Planung von Energieinfrastruktur verbessert, Genehmigungsverfahren beschleunigt und vereinfacht, sowie die Sicherheit und Widerstandsfähigkeit des Energienetzes ausgebaut werden. Zudem soll ein Teil nicht verwendeter Engpasserlöse in grenzüberschreitende Maßnahmen reinvestiert werden, um die Verringerung von Engpässen zu finanzieren. Die Verhandlungen mit dem EP sollen, sobald dieses seinen Standpunkt erarbeitet hat, unter dem Ratsvorsitz Irlands aufgenommen werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/06/26/european-grids-package-council-backs-modernised-energy-network-for-decarbonisation/>

W o h n e n

Rat; Schlussfolgerungen über demografische Auswirkungen der Wohnraumkrise

Am 29.06.2026 veröffentlichte der Rat Schlussfolgerungen, in denen er die politischen Entscheidungsträger der Mitgliedsstaaten dazu auffordert, die demografischen Entwicklungen im Kontext der Wohnraumkrise zu beachten. Die Schlussfolgerungen halten u.a. fest, dass demografische Entwicklungen und Wohnraumproblematiken sich gegenseitig bedingen. Als einer der Hauptgründe für Wohnungsmangel wird die Erschwinglichkeit

genannt. Aus diesem Grund fordert der Rat mehr Förderungen öffentlicher und privater Investitionen in Regionen mit besonders starkem Wohnraummangel und neue Ansätze für den Wohnungsbau. Auch die Umwelt ist direkt von der Wohnraumkrise betroffen. Die Energieeffizienz von Gebäuden und die Länge des Arbeitsweges und damit verursachten Treibhausgasemissionen sind Aspekte, die deutlich machen, dass Umwelt- und Wohnungspolitik eng miteinander verknüpft sind. Es wird anerkannt, dass die Kompetenzen bezüglich Wohnraums bei den Mitgliedsstaaten liegen, dennoch wird die Kommission gebeten, die Mitgliedsstaaten weiterhin bei ihrer Arbeit zur Verbesserung der Situation zu unterstützen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/06/29/council-highlights-demographic-dimension-of-europe-s-housing-crisis/>

Digital

Kommission; Einstufung von Amazon und Microsoft als Gatekeeper bei Cloud-Services

Die Kommission hat Amazon und Microsoft über ihren vorläufigen Standpunkt informiert, dass beide US-Unternehmen für ihre Cloud-Computing Dienste – Amazon Web Services (AWS) und Microsoft Azure (Azure) – zukünftig als Gatekeeper im Sinne des Digital Markets Act (DMA) eingestuft werden sollen. Die Cloud-Services beider Unternehmen stellen eine wichtige Schnittstelle zwischen Unternehmen und ihren Kunden in der EU dar. Auch wenn die quantitativen Schwellenwerte des DMA für eine solche Einstufung nicht erfüllt sind, sei eine dominierende Marktmacht vorliegend. Vor dem Hintergrund der steigenden Nachfrage durch KI-Anwendungen nach Cloud-bezogenen Diensten, binden AWS und Azure große Teile dieser gestiegenen Nachfrage. Amazon und Microsoft haben nun die Möglichkeit, ihre Verteidigungsrechte einzunehmen. Sollte sich die vorläufige Feststellung der Kommission bestätigen, werden Amazon und Microsoft im Bereich der Cloud-Computing-Dienste als Gatekeeper eingestuft und müssen damit den Verpflichtungen aus dem DMA nachkommen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1444

Rat; Annahme des KI-Omnibus

Nachdem das EP am 16.06.2026 in großer Mehrheit für die vorläufige Einigung beim KI-Omnibus gestimmt hat, hat auch der Rat am 29.06.2026 den Vorschlag angenommen. Der Vorschlag wird nun in Kürze im Amtsblatt der EU veröffentlicht und tritt am dritten Tag nach der Veröffentlichung in Kraft.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/06/29/artificial-intelligence-council-gives-final-green-light-to-simplify-and-streamline-rules/>

Forschung

Rat; Horizont Europa - Verhandlungsposition

Am 26.06.2026 hat der Rat unter zyprischen Vorsitz seine partielle Verhandlungsposition zum neuen Programm Horizont Europa für die kommende Förderperiode 2028–2034 beschlossen und damit das Mandat für die Verhandlungen mit dem EP verabschiedet. Das Programm soll einen zentralen Bestandteil des nächsten Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) bilden, wissenschaftliche Exzellenz fördern und die Wettbewerbsfähigkeit Europas stärken. Die Ratsposition betont eine enge Verzahnung mit dem Europäischen Wettbewerbsfonds (ECF), wahrt zugleich jedoch die Eigenständigkeit und Exzellenzorientierung von Horizont Europa. Vorgesehen sind eine stärkere Einbindung der Mitgliedstaaten in die strategische Steuerung (Governance), klarere Regelungen für Partnerschaften mit der Industrie, Maßnahmen zur Vereinfachung der Programmteilnahme

sowie insbesondere die Förderung von Dual-Use-Innovationen. Darüber hinaus werden die Unterstützung von Nachwuchsforschenden, der unabhängige Europäische Forschungsrat sowie Maßnahmen zur Stärkung innovationsschwächerer Mitgliedstaaten weiterentwickelt. Der Rat hat sich im Vergleich zur Position der Kommission für stärkere Maßnahmen zugunsten innovationsschwächerer Mitgliedstaaten als im bisherigen Programm Horizont Europa ausgesprochen. Diese sollen über die WIDENING-Förderlinie getätigt werden. Fragen zum Budget bleiben Bestandteil der laufenden MFR-Verhandlungen und sind nicht Teil des Mandats.

<https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2026/06/26/mff-2028-2034-council-agrees-its-position-on-horizon-europe-the-new-and-ambitious-framework-programme-for-research-and-innovation>

F i n a n z e n

EP; Parlament stimmt für digitalen Euro

Am 23.06.2026 hat der ECON-Ausschuss des EP für einen Gesetzentwurf zur Einführung eines digitalen Euros gestimmt. Die Europäische Zentralbank (EZB) plant die Einführung der digitalen Währung für Anfang 2029. Der digitale Euro solle als kostenloses, digitales Bargeld für Online- und Offline-Zahlungen dienen und die europäische Souveränität im Finanzbereich stärken. Offene Punkte seien Gebühren für Händler, die maximale Speichermenge in digitalen Geldbeuteln und der Datenschutz. Der digitale Euro soll das bestehende Bargeld nicht ersetzen, sondern ergänzen. Zudem soll die Verfügbarkeit von Bargeld in der Eurozone gesichert bleiben.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20260622IPR45912/digital-euro-meps-want-to-ensure-sovereignty-privacy-and-financial-stability>

Kommission; Vorstellung Tax Omnibus

Die Kommission hat am 24.06.2026 ein Steuervereinfachungspaket (tax omnibus) vorgelegt, dass die administrative Belastung für Unternehmen in der EU um mindestens 25% senken und jährliche Kosteneinsparungen von 37,5 Mrd. € bis 2029 ermöglichen solle. Das Paket umfasst zwei zentrale Initiativen: die Omnibus-Richtlinie zur direkten Besteuerung und die Neufassung der Richtlinie über die administrative Zusammenarbeit (DAC). Die Omnibus-Richtlinie sehe vor, grenzüberschreitende Steuerregeln zu vereinfachen, indem Quellensteuern auf Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren zwischen EU-Unternehmen abgeschafft würden. Zudem werde die Zinsbegrenzungsregel vereinfacht, Doppelungen zwischen den CFC-Regeln und der globalen Mindestbesteuerung beseitigt sowie ein gemeinsamer Mindeststandard für F&E-Investitionen eingeführt, der das BIP-Wachstum um 0,2 % pro Jahr steigern könnte. Mit der DAC-Neufassung wird die Zusammenfassung von neun bestehenden Richtlinien vorgeschlagen sowie die Reduzierung von Meldepflichten für multinationale Konzerne und bestimmte grenzüberschreitende Steuergestaltungen. Durch vereinfachte Benachrichtigungen für multinationale Gruppen und ein neues TIN-Überprüfungstool könnten zusätzliche Einsparungen erzielt werden. Die Umsetzung der meisten Maßnahmen sei bis 2028 geplant, der Rest solle bis 2030 abgeschlossen werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ganda_26_1440

Rat; EPSCO-Rat (Sozialpolitik) legt Ratsschlussfolgerungen zu Cybergewalt gegen Mädchen und Wohnungswesen vor

Am 29.06.2026 tagte der Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz in der Formation Sozialpolitik. Dabei billigte er Schlussfolgerungen zu Prävention und Bekämpfung von Cybergewalt gegen Mädchen sowie zum Wohnungswesen, dem demografischen Wandel und der Politikgestaltung. Zu ersterem fordert der Rat Maßnahmen für die Unterstützung der Betroffenen, die Sensibilisierung der Öffentlichkeit, die konsequente Durchsetzung rechtlicher Vorgaben, sowie die Analyse der Ursachen und Mechanismen von Cybergewalt. U.a. sollen auch Strafverfolgungsbehörden und Nichtregierungsorganisationen mehr Ressourcen und technischen Fachwissen erhalten. Zu zweiterem sollen der Zugang zu bezahlbarem und angemessenem Wohnraum für alle verbessert und sichergestellt werden, dass die Wohnungssysteme adaptiver für den demografischen Wandel und die alltäglichen Lebensrealitäten der Menschen gestaltet sind. Darunter nennt der Rat die Alterung der Bevölkerung, schrumpfende Haushaltsgrößen und die Landflucht. Überdies billigte der Rat eine Entschliebung als Leitfaden für die Zusammenarbeit auf EU-Ebene auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung bis 2030. Weiter tauschten sich die Ministerinnen und Minister zum europäischen Semester, der Förderung einer fairen Arbeitskräftemobilität, geschlechterspezifischen Aspekten der Arbeitsplatzqualität, der EU-Strategie zur Armutsbekämpfung und der Wohnsicherheit für alle aus.

https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/epsco/2026/06/29/?utm_source=brevo&utm_campaign=AUTOMATED%20-%20Alert%20-%20Newsletter&utm_medium=email&utm_id=3318

Kommission; MDR - delegierte Rechtsakte veröffentlicht

Zwei delegierte Rechtsakte wurden am 29.06.2026 zu etablierten Technologien (Well-Established Technologies, WET) im Rahmen der Medizinprodukteverordnung im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Die delegierten Rechtsakte erweitern die Liste der WET-Produkte. Regulatorische Anforderungen für die gelisteten Produkte würden so verhältnismäßiger gestaltet mit dem Ziel den Verwaltungsaufwand für Hersteller im Einklang mit der Simplifizierungsagenda der Kommission zu verringern. Nachdem die Delegierten Rechtsakte nun veröffentlicht wurden, treten sie nach 20 Tagen in Kraft.

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L_202601451
https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=OJ:L_202601359

Gesundheit und Verbraucherschutz

EP; EU-Strategie für Herz-Kreislauf-Erkrankungen - Annahme des Initiativberichts

Der SANT-Ausschuss hat am 24.06.2026 für den Initiativbericht über eine EU-Strategie zur Bekämpfung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen der Berichterstatterin Romana Jerković (S&D) gestimmt (38:2:1). Hintergrund des Berichts ist die am 16. Dezember 2025 von der KOM im Rahmen des Gesundheitspakets vorgestellte gleichnamige Strategie (*engl. „Safe Hearts Plan“*). Herz-Kreislauf-Erkrankungen seien mit rund 1,7 Mio. Fällen pro Jahr die häufigste Todesursache in der EU. Außerdem seien die mit der Erkrankung einhergehende Morbidität, geringere Lebensqualität und Produktivitätsverluste mit wirtschaftlichen Kosten von 282 Mrd. Euro pro Jahr verbunden. Ungefähr 80% der Herz-Kreislauf-Erkrankungen seien vermeidbar. Der SANT-Bericht konzentriert sich auf zehn Maßnahmenbereiche; darunter der Prävention der beeinflussbaren Risikofaktoren, wie Tabak, schädlicher Alkoholkonsum, ungesunde Ernährung und Bewegungsmangel, sozioökonomische Gesundheitsfaktoren, umweltbedingte Gesundheitsfaktoren sowie Früherkennung und Diagnose, Behandlung, Betreuung und Rehabilitation. Die Abgeordneten fordern neben

strengen regulatorischen Maßnahmen die Behebung von Unterdiagnostik bei Frauen und geschlechtsspezifischer Diskrepanz. Unterstützt wird letztlich die Einführung von Herz-Kreislauf-Vorsorgeuntersuchungen, insb. für Personen mit mind. einem Risikofaktor und denen, mit einer familiären Vorgeschichte von Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2024_2029/plmrep/COMMITTEES/SANT/PR/2026/06-24/1335710DE.pdf

EuGH; Keine Diskriminierung des Militärpersonals bei beschränkter Impfpflicht

Am 18.06.2026 verkündete der EuGH sein Urteil Schlussanträge in der Rechtssache C-522/24 (Ministero della Difesa (Impfpflicht für Militärangehörige)). Der Gerichtshof stellt fest, dass das Unionsrecht unmittelbare Diskriminierungen im Beschäftigungsbereich nur dann erfasst, wenn sie auf einem der darin ausdrücklich genannten Merkmale beruhen. Im vorliegenden Fall beruhe die Ungleichbehandlung jedoch auf der Zugehörigkeit zu verschiedenen Berufsgruppen und fällt daher nicht unter diese Regelung. Darüber hinaus schützt das Unionsrecht auch vor mittelbaren Diskriminierungen, also scheinbar neutralen Regelungen, die bestimmte Personengruppen – etwa aufgrund ihrer Religion oder Weltanschauung – besonders benachteiligen können. Persönliche Meinungen, die auf gesundheitlichen Bedenken oder einer Ablehnung der Impfpolitik der Regierung beruhen, würden jedoch keine „Weltanschauung“ in dem Sinne darstellen. Im Jahr 2022 weigerte sich der Kläger, die nach ITA Recht für Militärangehörige vorgeschriebene COVID-19-Impfung zu erhalten. Daraufhin wurde er für einen Zeitraum von etwa 2 Monaten ohne Entgeltfortzahlung vom Dienst suspendiert. Der Kläger machte vor dem ITA Staatsrat geltend, dass die Impfpflicht diskriminierend sei.

<https://curia.europa.eu/site/upload/docs/application/pdf/2026-06/cp260090de.pdf>

L a n d w i r t s c h a f t u n d U m w e l t

Rat; Einigung auf Annahme des Vorschlages der Kommission zu Unterstützung der Landwirte angesichts steigender Düngemittelpreise

Am 17.06.2026 einigten sich die Mitgliedstaaten auf den Standpunkt des Rates, den Vorschlag der Kommission anzunehmen, der darauf abzielt, den europäischen Landwirten dabei zu helfen, den durch die jüngste Krise im Nahen Osten verursachten starken Anstieg der Düngemittelpreise zu bewältigen. Ziel ist es, den Landwirten dabei zu helfen, diese Herausforderungen zu bewältigen, ihre Produktion fortzusetzen und zu einer stabilen Lebensmittelversorgung in der gesamten EU beizutragen. Dazu soll den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität eingeräumt werden, um Landwirten, die mit steigenden Produktionskosten und Liquiditätsengpässen konfrontiert sind, finanzielle Unterstützung zu gewähren. Vorgesehen sind insbesondere folgende Möglichkeiten: (a) den am stärksten von den gestiegenen Düngemittelkosten betroffenen Landwirten vorübergehende und gezielte finanzielle Unterstützung zu gewähren, (b) die frühzeitige Auszahlung von GAP-Vorschüssen in höherem Umfang im Jahr 2026 ermöglichen, um Landwirten bei der Bewältigung kurzfristiger Liquiditätsengpässe zu helfen, (c) größere Flexibilität bei der Anpassung der Zuweisungen für Direktzahlungen im Jahr 2027 entsprechend den nationalen Gegebenheiten und Prioritäten bieten. Eine schnelle Einigung mit dem EP soll im Rahmen eines Eilverfahrens/Dringlichkeitsverfahrens erzielt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/06/17/council-agrees-position-to-help-farmers-cope-with-rising-fertiliser-prices/>

Rat, Billigung neuer Vorschriften zur Stärkung der vertraglichen Position der Landwirte und Einkommensstabilisierung

Am 29.06.2026 hat der Rat neue Vorschriften angenommen, um die Position der Landwirtinnen und Landwirte in der Lebensmittelversorgungskette der EU zu verbessern. Dabei soll ihre Verhandlungsmacht gegenüber Käufern wie Verarbeitern und Einzelhändlern

gestärkt werden, um sicherzustellen, dass sie einen gerechteren Wertschöpfungsanteil erhalten. Mit der Reform werden gezielte Änderungen der Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation (GMO) für landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie ergänzende Änderungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) eingeführt. Im Rahmen der neuen Vorschriften werden schriftliche Verträge zum Standard und es sind Überprüfungsklauseln vorgesehen, um Marktveränderungen Rechnung zu tragen. Ferner wird die Anerkennung von Erzeugerorganisationen vereinfacht und deren kollektives Handeln unterstützt, unter anderem durch GAP-Mittel. Mit den Rechtsvorschriften wird der Begriff „Fleisch“ stärker geschützt, indem er tierischen Erzeugnissen vorbehalten wird, und es werden klarere Vorschriften festgelegt, um irreführende Vermarktung zu verhindern und einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/06/29/council-gives-final-green-light-to-strengthen-farmers-position-in-the-food-supply-chain/>

J u s t i z

Rat/EP; Einigung über sog. CSA-Richtlinie (sexueller Missbrauch von Kindern)

Rat und EP haben sich am 22.06. vorläufig auf eine neue Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern (sog. CSA-Richtlinie) geeinigt. Sie soll die noch im Trilog-Verfahren befindliche sog. CSA-Verordnung ergänzen, welche Internetunternehmen dazu verpflichtet, Darstellungen sexuellen Kindesmissbrauchs in ihrem Bereich aufzudecken, zu melden und zu entfernen. Durch die CSA-Richtlinie sollen die strafrechtlichen Vorschriften der Mitgliedstaaten aktualisiert werden, um der Entwicklung in der digitalen Welt Rechnung zu tragen, mehr Straftaten zu ahnden, höhere Strafen festzulegen und Verjährungsfristen zu verlängern. Um Kinder besser zu schützen, sieht der neue Rechtsrahmen klare Bestimmungen zur Frage der Einwilligung vor und stärkt die Unterstützung für die Opfer. Unter Strafe gestellt werden sollen u.a. Zahlungen für den Zugang zum Livestreaming von sexuellem Kindesmissbrauch, die Gestaltung, Anpassung oder Verbreitung von KI-Systemen zur Erzeugung von Darstellungen sexuellen Kindesmissbrauchs, die Kontaktaufnahme zu einem Kind, das das vom jeweiligen Mitgliedstaaten festzulegende Alter der sexuellen Mündigkeit noch nicht erreicht hat, um Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern herzustellen oder weiterzugeben („Grooming“), die sexuelle Erpressung von Kindern sowie Besitz und Verbreitung von Anweisungen zum sexuellen Missbrauch von Kindern oder zur Herstellung von Darstellungen sexuellen Missbrauchs von Kindern. Sexuelle Handlungen mit Kindern, die das Alter der sexuellen Mündigkeit erreicht haben, sollen gleichwohl strafbar sein, wenn das Kind nicht eingewilligt hat. Für mehrere Straftaten soll zudem der Strafrahmen gegenüber der geltenden Richtlinie erhöht werden. Die Strafverfolgung soll durch längere Verjährungsfristen (bis zu 32 Jahre ab Volljährigkeit, abhängig von der Straftat) gestärkt werden. Die Einigung muss von Rat und EP noch formal angenommen werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2026/06/22/combating-child-sexual-abuse-eu-agrees-stronger-criminal-law-rules-and-enhanced-support-to-victims/>

I n n e r e s

Kommission; Maßnahmenpaket zur Stärkung von Europol und Eurojust

Die Kommission hat am 24.06.2026 ein Maßnahmenpaket für die Strafverfolgung und Strafjustiz vorgestellt, das insbesondere zwei Verordnungen zur Stärkung der Mandate der beiden EU-Agenturen Europol und Eurojust umfasst. Die Vorschläge zu Europol sehen insbesondere vor: ein automatisierter und schnellerer Informationsaustausch soll eine Zusammenarbeit bei Ermittlungen in Echtzeit ermöglichen (hierfür soll eine Cloud-

Infrastruktur und ein gemeinsamer Datenraum der Polizei geschaffen werden), durch Europol-Unterstützungsbüros in den Mitgliedstaaten soll bei Ermittlungen das Fachwissen von Europol besser eingebunden werden und ein neues Technologie- und Innovationszentrum soll die gemeinsame Forschung und Entwicklung der Mitgliedstaaten unterstützen. Die Vorschläge zu Eurojust sehen insbesondere vor: Eurojust soll in der Lage sein, auf eigene Initiative Verbindungen zwischen Fällen zu ermitteln, über Koordinierungsbedarf zu entscheiden und zur Lösung von Zuständigkeitsfragen beizutragen, sowie eine stärkere Rolle in Kriminalitätsbereichen wie Cyberkriminalität, Verstößen gegen EU-Sanktionen oder geschlechtsbezogener Gewalt spielen. Auch soll die Zusammenarbeit von Eurojust mit Europol, der Europäischen Staatsanwaltschaft und Drittstaaten ausgebaut werden. Daneben soll die Anwendung der Europäischen Ermittlungsanordnung (ein standardisiertes Verfahren für die grenzüberschreitende Erhebung von Beweismitteln aus anderen Mitgliedstaaten in Strafsachen) zukünftig erleichtert werden und eine Europäische Anordnung zur Fernteilnahme soll Verdächtigen, beschuldigten Personen und Opfern zukünftig ermöglichen, aus der Ferne aus einem anderen Mitgliedstaate an Gerichtsverhandlungen in Strafsachen teilzunehmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1420

Kommission; Vorschlag zur Verlängerung des vorübergehenden Schutzes für Geflüchtete aus der Ukraine

Die Kommission hat am 26.06.2026 vorgeschlagen, den vorübergehenden Schutz für Geflüchtete aus der Ukraine um ein weiteres Jahr bis zum 04.03.2028 zu verlängern, da klar sei, dass weiterhin Menschen, die aus der Ukraine fliehen, Schutz benötigten. Nach dem Vorschlag soll aber neu ankommenden Personen, die von den ukrainischen Behörden wegen militärischer Verpflichtungen keine Genehmigung zum Verlassen der Ukraine haben, in der Regel kein vorübergehender Schutz mehr gewährt werden. Daneben betonte die Kommission, dass der Übergang zu langfristigen legalen Aufenthaltsstatus bzw. zu einer dauerhaften Rückkehr und Wiedereingliederung in die Ukraine intensiviert werden sollte. Die Kommission werde insoweit mit interessierten Mitgliedstaaten und den ukrainischen Behörden ein Pilotprogramm für die freiwillige Rückkehr und den Wiederaufbau entwickeln. Der Rat muss den Vorschlag der Kommission noch annehmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_26_1462

Bildung und Kultur

Kommission; Kultur; Kooperation der EU-Institutionen

Am 18.06.2026 hat die Kommission in Brüssel eine Gemeinsame Erklärung mit dem Titel „Europe for Culture – Culture for Europe“ veröffentlicht. Die Erklärung hebt die strategische Bedeutung von Kultur und dem kulturellen Erbe für die Zukunft Europas hervor. Die Erklärung wurde am Rande der Tagung des Europäischen Rates von der Präsidentin der Kommission Ursula von der Leyen, der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, sowie dem Präsidenten der Republik Zypern, Nikos Christodoulides, im Namen des zyprischen EU-Ratsvorsitz unterzeichnet. Damit bekennen sich die drei zentralen EU-Institutionen gemeinsam dazu, Kultur stärker in der EU-Politik zu verankern. Die Erklärung betont die Rolle von Kultur und dem kulturellen Erbe als Grundlage europäischer Identität, gemeinsamer Werte und demokratischer Resilienz. Gleichzeitig werden die Kultur- und Kreativsektoren als wichtige Treiber von Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt hervorgehoben. Besondere Aufmerksamkeit gilt der digitalen Transformation des Kultursektors, der besseren Sichtbarkeit europäischer Kulturinhalte im digitalen Raum sowie der verantwortungsvollen Nutzung neuer Technologien, einschließlich KI. Ziel ist es, die kulturelle Dimension künftig stärker in andere Politikbereiche der EU einzubeziehen und den Beitrag von Kultur zur europäischen Integration und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt sichtbarer zu machen.

Veranstaltungen

Vorstellung des 61. Bundeswettbewerbs Jugend forscht

Am 23.06.2026 hatte der Hessische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz zu einer Präsentation des 61. Bundeswettbewerbs Jugend forscht in die Vertretung des Landes Hessen bei der EU eingeladen. Dr. Manuel Lösel, Staatssekretär im Hessischen Ministerium für Kultus, Bildung und Chancen, hob die außerordentlichen Leistungen der jungen Forscherinnen und Forscher hervor. Hessen investiere massiv in die MINT-Fächer. Dies zeige sich auch regelmäßig bei den Erfolgen der Schülerinnen und Schüler im Talentwettbewerb Jugend forscht. Dr. Jessica Bönsch, Geschäftsführende Vorständin der Stiftung Jugend forscht e.V., erinnerte daran, dass die MINT-Bildung zentral für die Zukunft Deutschlands und der EU sei. In ihrem Vortrag stellte sie die Genese und die wesentlichen Merkmale von Jugend forscht vor. Oliver Karplak, Leiter des Hessischen Landeswettbewerbs, ergänzte die Vorstellung mit einer Präsentation des diesjährigen Wettbewerbs in Hessen. Im Anschluss wurden folgende Projekte vorgestellt: Jugend-forscht JUNIOR-PROJEKT (Uni Kassel) "NeuroPong" von Liam Alexander Lang und Klara von Hauff (Hanau); „ThermoH₂“ von Doron Antal und Jakob Hollinghaus (Eltville); „ACOLOC - Advanced Climate Ocean simulation using Deep Learning for Ocean Currents“ von Lilly Schwarz (Fritzlar); „Modellierung des Einflusses ähnlichen Lernmaterials auf den Lernprozess von Karteikarten“ von Milosch Füllgraf (Hanau); „Pflanzen als Alternative - Mit grünen Gerüsten Leben retten: Analyse dezellularisierter Blattstrukturen“ von Elina Grüning, Lara Ostrowski und Kim Dufft (Erfurt); „Digitale Barrierefreiheit: Jacob – die KI in Leichter Sprache“ von Magnus Schlinsog (Potsdam); „Präzision per Unterdruck: DieVaP! – Die Vakuumpinzette“ von Julian Scharnowski (Heilbronn). Die Abendveranstaltung war eingebettet in einen von der Landesvertretung organisierten dreitägigen Besuch der Jungforscherinnen und Jungforschern in Brüssel.

Tagung zur Demokratieforschung und zur Demokratischen Resilienz in der LV Brüssel

Am 24./25.06.2026 fand in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU auf Einladung von Manfred Pentz, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung und von Timon Gremmels, Minister für Wissenschaft und Forschung, Kunst und Kultur eine zweitägige Tagung rund um das Thema „Demokratische Resilienz in Europa“ statt. Die Tagung fand mit zahlreichen Gästen aus den EU-Institutionen und der Brüsseler Forschungscommunity statt. Highlight war eine Abendveranstaltung mit der Vize-Präsidentin des EP Katarina Barley und rund 200 Gästen. Aus Hessen reiste eine 40-köpfige Delegation von Forschenden verschiedener Disziplinen nach Brüssel. Diskutiert wurden insbesondere verschiedene Dimensionen der Demokratieforschung. Minister Timon Gremmels plädierte dafür, dass das künftige EU-Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa künftig mehr Förderchancen für die Demokratie bietet. Eine starke Demokratieforschung habe das Potenzial, die demokratische Resilienz zu festigen. Für die neue EU-Förderperiode ab 2028 böten sich große Chancen, um internationale Forschungsvorhaben voranzubringen. Vor diesem Hintergrund begrüßte Minister Gremmels, dass der EU-Ministerrat am 24.06.2026 eine Position verabschiedete, die eine stärkere Rolle für die Geistes- und Sozialwissenschaften im Programm Horizont Europa vorsieht. Im Fokus der Tagung stand auch der wichtige Brückenschlag zwischen Theorie und Praxis. Gezeigt wurde, wie regionale Spitzenforschung aus Hessen theoretische EU-Konzepte bereichern kann. Katarina Barley, Vizepräsidentin des EP, war Impulsrednerin: „Demokratien leben von informierten Bürgerinnen und Bürgern, von offenen Debatten und von der Fähigkeit einer Gesellschaft, unterschiedliche Meinungen auszuhalten. Diese Fähigkeit verlieren wir aktuell,

vor allem durch soziale Medien. Dort bestimmen Tech Bros, welche Themen verstärkt werden und welche Stimmen in der Versenkung verschwinden. Wir verlieren unsere gemeinsame Tatsachengrundlage, weil uns in sogenannten Echokammern nur das zugespielt wird, was unser eigenes Weltbild bestärkt“. Barley resümierte: „Mit dem Digital Services Act hat die EU ein wichtiges Instrument geschaffen, um dem zu begegnen. Wir müssen es endlich vollumfänglich einsetzen, um die Widerstandskraft unserer Demokratie zu stärken.“ Manuel Aleixo, Kabinettsmitglied der Forschungskommissarin Ekaterina Zaharieva, bekräftigte die Rolle der Demokratieforschung für die neue Förderkulisse. Die Freiheit der Wissenschaft sei eine Grundlage für die Demokratie, weshalb es auch die gesetzliche Grundlage für den Schutz geben soll. Die Kommission plane hierzu das Gesetz „ERA Act“. Marie-Hélène Boulanger, Direktorin der Generaldirektion Justiz, schilderte anschaulich die einzelnen Handlungsstränge des „EU Democracy Shield“: das Schutzschild für Demokratie sei eine zentrale Initiative der Kommission in Zeiten geopolitischer Herausforderungen und diene dazu, Vertrauen zu stärken. Am zweiten Tag widmete sich die Konferenz den Themen Antisemitismus- und Extremismusforschung, Demokratiegefährdung im lokalen Raum und der Erinnerungskultur.

11. Digital Leaders Roundtable

Am 01.07.2026 fand auf Einladung des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung Manfred Pentz und der Ministerin für Digitalisierung und Innovation Prof. Dr. Kristina Sinemus der 11. „Digital Leaders Roundtable“ zum Thema: *“For Tomorrow. The path to a future proof and competitive digital infrastructure”* in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU statt. Nach der Begrüßung durch den Leiter der Hessischen Landesvertretung, Herrn Dr. Eckert, eröffnete Ministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus mit einer Opening Keynote den Digital Leaders Roundtable. In dieser hob sie die Bedeutung der digitalen Infrastruktur für ein souveränes, resilientes und wettbewerbsfähiges Europa in der digitalen Transformation hervor. Im Anschluss diskutierte die Ministerin gemeinsam mit Europaabgeordneten Matthias Ecke, Referatsleiter Peter Stuckmann von der DG Connect, EU-Kommission, sowie Michael Martin, CEO 1&1 Mobilfunk GmbH, zu den konkreten Vorschlägen aus dem Digital Networks Act. Zugleich wurde die Schlüsselrolle der digitalen Infrastruktur für Europas digitale Souveränität betont. Konsens der Diskussion war, dass der Digital Networks Act mehr sein muss als eine Vereinfachung des bestehenden Telekommunikationsrechts – er muss zum Beschleuniger des digitalen Wandels werden.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Rat

10.07.2026	Rat (Wirtschaft und Finanzen)
13.07.2026	Rat (Auswärtige Angelegenheiten)
13.07.2026	Rat (Landwirtschaft und Fischerei)
14.07.2026	Rat (Allgemeine Angelegenheiten)

Europäische Kommission

15.07.2026 Energiemaßnahmenpaket
 - Elektrifizierungsstrategie
 - Netznutzungsentgelte
Evaluierung des Emissionshandelssystems
Rechtsstaatlichkeitsbericht 2026
Bericht über die Wettbewerbsfähigkeit des Bankensektors

Europäischer Gerichtshof

14.07.2026

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-474/24 NADA u. a. –
Doping: Datenschutz (AUT)

14.07.2026

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in den Rechtsmittelsachen
C-865/24 P Ordre néerlandais des avocats du barreau de Bruxelles u. a. / Rat und C-
866/24 P Ordre des avocats à la cour de Paris et Couturier / Rat – Verbot der
Rechtsberatung der russischen Regierung und in Russland ansässiger Unternehmen und
Einrichtungen

15.07.2026

Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtsmittelsache C-826/24 P
Kommission / Google und Alphabet (Google AdSense) – Missbrauch beherrschender
Stellung auf dem Markt der Online-Werbung

15.07.2026

Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-555/25 OpenAI / EUIPO (OPENAI) –
Markenschutz – OPENAI

16.07.2026

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-523/24 Sociedad Civil
Catalana – Amnestie in Katalonien: Befreiung von der Haftung wegen Haushaltsuntreue
(ESP)

16.07.2026

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-666/24 Associació Catalana
de Víctimes d'Organitzacions Terroristes (ACVOT) – Amnestie in Katalonien: Terroristische
Straftaten (ESP)

16.07.2026

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-258/23
Imagens Médicas Integradas, C-259/23 Synlabhealth II und C-260/23 SIBS - Sociedade
Gestora de Participações Sociais u. a. – Beschlagnahme geschäftlicher E-Mails bei
wettbewerbsrechtlichen Ermittlungen (PTL)

16.07.2026

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-196/24 Aucrinde – Grenzüberschreitendes Ersuchen um Exhumierung zur Feststellung der Abstammung (FRA/ITL)

16.07.2026

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-280/25 Lin II – Bekämpfung von Betrug zum Nachteil der finanziellen Interessen der EU (ROM)

16.07.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-209/23 RRC Sports – FIFA-Regeln für Spielervermittler (DEU)

16.07.2026

Urteil des Gerichtshofs in den verbundenen Rechtssachen C-424/24 und C-425/24 FIGC und CONI – Disziplinarmaßnahmen gegen Sportmanager (ITL)

16.07.2026

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-26/25 Bukla – Ausweisung eines drittstaatsangehörigen Elternteils minderjähriger Unionsbürger aus Gründen der öffentlichen Sicherheit (HUN)

16.07.2026

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-524/24 Italien / Österreich (Brenner- und Inntal-Autobahn) – Beschränkungen für Lkws auf der Brenner- und der Inntal-Autobahn in Tirol

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 20.07.2026.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA